'Fracking-Bohrung' vor dem Bundesrat

"Fracking-Bohrung" vor dem Bundesrat

460.000 Unterschriften an Schleswig-Holsteins Umweltminister Robert Habeck übergeben. Bundesratsinitiative erhöht lediglich Hürden für Fracking, Umweltschützer fordern totales Verbot.
Mit einer symbolischen Fracking-Bohrung vor dem Bundesratsgebäude haben Umweltschützer am Freitagvormittag ein echtes Fracking-Verbot gefordert. Anschließend übergaben sie dem schleswig-holsteinischen Umweltminister Robert Habeck (Grüne) über 460.000 Unterschriften, die über den Online-Aufruf "Fracking stoppen: Rettet unser Trinkwasser" in den vergangenen Wochen gesammelt wurden. Zu der Aktion hatten das Kampagnennetzwerk Campact, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gemeinsam aufgerufen.
"Die Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein rühmt sich Fracking zu verbieten, doch an vielen Stellen ist sie ein Etikettenschwindel: "Konventionelles" Fracking bleibt erlaubt und giftige Rückstände dürfen weiter verpresst werden. Wer es mit dem Schutz unseres Trinkwassers und des Weltklimas ernst meint, der muss alle Formen des Fracking verbieten", forderte Chris Methmann von Campact.
"Fracking ist eine riskante Technologie mit unkontrollierbaren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Daher gehört es ohne Wenn und Aber verboten", so Antje von Broock, Klimaexpertin beim BUND. Schiefergas werde weder die Gaspreise senken noch die Versorgungssicherheit erhöhen und sei deshalb auch aus energiepolitischen Gründen nicht förderungswürdig. "Statt auf eine teure und unsichere Technologie zu setzen, sollten wir vorhandene Forschungsmittel besser in die Entwicklung von Energieeffizienzmaßnahmen stecken. Wenn es uns gelingt, den Energieverbrauch insgesamt zu senken, brauchen wir uns über Fracking keine Gedanken mehr zu machen", so die Klimaexpertin.
Andy Gheorghiu aus der Anti-Fracking-Bewegung ergänzte: "Eine Entscheidung für Fracking ist auch eine Entscheidung für eine flächendeckende Industrialisierung und gegen die politisch beschlossenen Energie- und Klimaschutzziele."

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 / 27 58 64 - 0
Telefax: 030 / 27 58 64 - 40
Mail: bund@bund.net
URL: http://www.bund.net
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=570102" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

bund.net
bund@bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an.Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands.Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.